



ulrike.lunacek@gruene.at

# Lichtjahre entfernt

Moskau und St. Petersburg liegen Luftlinie näher bei Wien als Madrid – aber was Akzeptanz und gleiche Rechte von Lesben, Schwulen und Transgendern betrifft, so liegt Russland derzeit fast auf einem anderen Planeten. Auch auf der Wiener Regenbogenparade waren Schilder zu sehen, die gegen das abscheuliche Gesetz gegen Homo-„Propaganda“ protestierten. Am 11. Juni hatte die Duma trotz massiver Proteste von Seiten der EU (Parlament, Kommission und einzelner Mitgliedsstaaten) dieses Gesetz beschlossen, das jegliches öffentliche Reden über Homosexualität vor Jugendlichen mit Geldstrafe zwischen 100 und 11.700 Euro (letzteres ein durchschnittliches Jahresgehalt) ahndet.

Diese Hexenjagd, kombiniert mit dem Gesetz gegen „ausländische Agenten“, hat schon zwei Opfer in der lesbischschwulen Community gefordert, und zwar *Бок о Бок (Side by Side)*, das Filmfestival in St. Petersburg, und die Gruppe *Выход (Coming-out)*, ebenfalls in St. Petersburg. Dort gilt ein ähnliches „Propagandagesetz“ ja schon seit März 2012 auf lokaler Ebene.

Der bisher dritte und letzte Akt des Gerichtsverfahrens gegen *Coming-out* am 20. Juni ist wohl nur als Farce zu bezeichnen, denn weder bemühte sich die Staatsanwaltschaft, ihre Anklage darzulegen, noch hatte sie genaue Kenntnisse der russischen Rechtslage. Der Einsatz von gezieltem spitzem Humor durch die Anwälte von *Coming-out* konnte gegen die Absurdität der Anklage genauso wenig etwas ausrichten wie simpler Hausverstand:



Demonstration für die Rechte von Homosexuellen in Sankt Petersburg, die für zwei Männer im Gefängnis endete.

*Coming-out* wurde zur Höchststrafe verurteilt. Und hat ein Fundraisingkonto zur Unterstützung eingerichtet: [www.comingoutspb.ru/en/en-donations](http://www.comingoutspb.ru/en/en-donations). Die Aktivistinnen überlegen, bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu gehen, und dafür brauchen sie, ebenso wie für die russischen Gerichtskosten und Strafen, Geld.

Unter „politische Aktivität“ fiel z. B. ein Schild eines Aktivistin, auf dem stand: „Wir treten für traditionelle Werte ein: Liebe, Familie, Respekt menschlicher Würde.“ Die beiden Anwälte argumentierten auch, dass „Verteidigung der Menschenrechte“ nicht durch „fremde Staaten“ beauftragt werden könne, denn Menschenrechte seien ein universeller Wert und Russland müsse sie schützen, da sie ja auch in der russischen Verfassung verankert seien. Und ob denn Homophobie und Diskriminierung von Lesben und Schwulen offizielle staatliche Politik seien, fragten sie, denn nur dann könnte es zutreffen, dass *Coming-out* mit ausländischen Geldern die „staatliche

Politik beeinflussen“ wollte, was der Organisation ja vorgeworfen werde. Aber darauf erhielten sie keine Antwort im Gerichtssaal.

Es war klar: Das Urteil stand schon lange vor der Verhandlung fest, und kein noch so gutes Argument konnte den Richter davon abbringen, *Coming-out* zur Höchststrafe zu verurteilen – was die Existenz der Gruppe akut gefährdet. Strategisch betrachtet, stellt der Angriff auf die lesbischschwule Community zum einen eine Sündenbock-Politik dar, mit der die wirklichen Probleme Russlands – von Armut über Alkoholismus, schlechte Wirtschaftslage bis hin zur niedrigen Lebenserwartung und dem damit verbundenen demografischen Problem – übertüncht werden sollen. Und zum anderen sollen damit alle jene – nicht nur LSBT – eingeschüchert werden, die es noch wagen, ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern.

Auf Ebene der EU gibt es jetzt endlich ein Dokument, auf das sich LSBT-MenschenrechtsverteidigerInnen in Zukunft beziehen können, wenn sie an einer EU-Bo-

schaft, ob in Moskau oder anderswo, Hilfe oder Rat suchen: Die sogenannten LSBT-Leitlinien wurden am 24. Juni im Rat der AußenministerInnen nach präziser Erarbeitung, in der auch Michael Cashman und ich als Co-Vorsitzende der LSBT-Intergruppe eingebunden waren, angenommen. Diese Leitlinien basieren auf dem LSBT-Toolkit aus 2010, wurden jetzt aber ausgeweitet und verbindlich. Vier Prioritäten sind enthalten:

- Entkriminalisierung und Bekämpfung diskriminierender Gesetze und Politiken;
- Förderung von Gleichstellung und Nichtdiskriminierung;
- staatliche oder individuelle Gewalt gegen LSBTI-Personen bekämpfen;
- MenschenrechtsverteidigerInnen unterstützen und schützen.

Es handelt sich dabei in der Tat um ein großartiges Instrument, in dem besonderes Augenmerk auf den Schutz von Trans- und Intersexpersonen gelegt wird und auch darauf, dass lesbische und bisexuelle Frauen und Mädchen zusätzlicher Gewalt aufgrund ihres Geschlechts ausgesetzt sein können. Jetzt wird es an den EU-BotschafterInnen und ihren Teams so wie an uns im Europaparlament liegen, die Umsetzung der Leitlinien zu beobachten.

Ulrike Lunacek ist Vizepräsidentin und Außenpolitiksprecherin der Grünen/EFA-Fraktion und Vorsitzende der *LGBT Intergroup* im Europäischen Parlament.

[www.ulrike.lunacek.eu](http://www.ulrike.lunacek.eu)  
[www.gruene.at](http://www.gruene.at)

Finde Ulrike Lunacek auf Facebook!